Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Sonntags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk. Anzeigenpreis die 6gespalt. Colonelzelle für Arbeitsgesuche 75 Pfg., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernruf 535. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Anzeigen-Annahme „Echo vom Niederrhein", Duisburg.

Nummer 8. Duisburg, den 23. Februar 1918. 19. Jahrgang.

Sozialdemokratie und Streik.

Das Correspondenzblatt der Generalkommission der freien Gewerkschaften bringt in Nr. 6 einen längern Bericht über den Putsch der verführten und verhetzten Arbeiter, die töricht genug waren, elenden dunklen Elementen nachzulaufen und das Vaterland in der Stunde der Gefahr im Stich zu lassen. Nachdem das Correspondenzblatt die sogenannten Beweggründe zum Streik aufgezählt und den Verlauf des Putsches kurz bezeichnet hat, fährt es fort:

Die Generalkommission selbst hatte, obgleich sie dem Streik nicht nur fernstand, sondern auch neutral zu bleiben entschlossen war, ihre Bereitschaft erklärt, den vom Reichskanzler vorgeschlagenen Weg zur Verständigung zu betreten, weil sie der friedlichen Beilegung des Streiks nicht hinderlich sein wollte. Der sozialdemokratische Parteivorstand stimmte ebenfalls dem Vorschlage zu, der aber von den „Unabhängigen" rundweg abgelehnt wurde. Sie nahmen das Odium auf sich, den politischen Ausstand der Berliner Arbeiter zu einer völligen Niederlage zu führen, indem sie sich weigerten, mit den Vertretern der Gewerkschaften zusammen zu verhandeln. Vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt muß diese Haltung der Unabhängigen aufs schärfste zurückgewiesen werden. Ihr liegt das gleiche Prinzip zugrunde, das die schwerindustriellen Scharfmacher bei Arbeitseinstellungen zu verfechten pflegen, die zwar mit „ihren" streikenden Arbeitern verhandeln, die „Einmischung" eines Dritten, der Gewerkschaft nämlich, in „ihre" Angelegenheiten ablehnen. Die Reichsregierung erkannte die wirtschaftliche Organisation der Arbeiter als verhandlungsfähig an, weil sie in der Tat eine Vertretung der Arbeiterklasse darstellt, die „unabhängigen" Drahtzieher in Berlin wiesen auch diesen Weg der Verständigung zurück und ließen die Arbeiter [illegible] mit dem Gefühl der Besiegten in die Betriebe zurückkehren, als daß auf dem Verhandlungswege mit den Gewerkschaften gemeinsam ein möglicher Ausgleich gesucht wurde.

Einen Sieg der Streikenden bei diesem politischen Demonstrationsstreik vorauszusetzen konnte nur, wer entweder mit politischer Blindheit geschlagen war, oder wer den Streikenden in gewissenloser Weise Trugbilder vorgaukeln wollte, um seine eigenen Parteisuppen an dem entstehenden Feuer zu wärmen. Die deutsche Staatsgewalt nach bolschewistischem Vorbild durch Streiks zertrümmern oder auch nur in die Hand der unabhängigen Drahtzieher bringen zu wollen, wäre ein so wahnwitziges Unternehmen, daß gewerkschaftlich und politisch geschulte Arbeiter dafür nie zu gewinnen gewesen wären. Es konnte sich also bei dem Streik lediglich um eine Demonstration handeln, die abzubrechen war, sobald ihr Zweck erreicht war. Diesem Abbruch standen die Maßnahmen der Behörden im Wege, insbesondere die Aufhebung des Versammlungsrechts. Die mit der Regierung zu führenden Verhandlungen konnten nur den Zweck haben, ihr die Forderungen der Arbeitermassen vorzutragen und von ihr die Zusage der möglichsten Berücksichtigung dieser Wünsche, insbesondere auch die Wiederherstellung des Versammlungsrechts zu erlangen. Das wäre durch die Verhandlungen zu erreichen gewesen und die Arbeiter hätten erhobenen Hauptes nach wenigen Streiktagen zu ihrer Arbeit in Fabrik und Werkstatt zurückkehren können, womit sowohl der Arbeiterklasse als der Landesverteidigung am meisten gedient gewesen wäre. Die Unabhängigen haben durch ihr Verhalten einen solchen Ausgang der Streikbewegung in Berlin verhindert, sie haben die Politik der schlimmsten Arbeiterfeinde gefördert und die Arbeiterinteressen schmählich preisgegeben. Die Folge ihrer Sabotierung der vom Reichskanzler ermöglichten Verhandlungen ist die sofortige Militarisierung einer Anzahl Großbetriebe mit dem damit zusammenhängenden Verlust wichtiger Arbeiterrechte und die Einziehung zahlreicher Arbeiter zu den Fahnen und die kriminelle Verfolgung einer nicht geringen Zahl von Arbeitern, die sich in die Maschen der Kriegsgesetze verstrickten. An Stelle eines geordneten Abbruchs des Streiks, nachdem er den einzig möglichen Zweck einer Demonstration erreicht hatte, verdanken die Berliner Arbeiter den Unabhängigen eine politische und wirtschaftliche Niederlage, wie sie schlimmer in Berlin nie zu verzeichnen war.

Das war die Tätigkeit der Unabhängigen in der Stunde, wo die Arbeiter Berlins der Einigkeit und Geschlossenheit bedurften, sollten sie irgendein positives Ergebnis aus ihrer Aktion herausholen können. Aber die Unabhängigen wollten diese Einigkeit nicht, ihr Ziel ist die Zersplitterung der Arbeiter und diesem Ziele paßten sie auch ihre Haltung während der Streiktage an. Die Gewerkschaftsführer waren sich nie im Zweifel über die Absichten der Unabhängigen. Die Generalkommission ihrerseits hat sich jeglicher Polemik gegen die Herrschaften enthalten, es war nicht ihre Sache, in diesen Ausstand einzugreifen, der ohne eine Befragung der Gewerkschaften von Leuten inszeniert wurde, die mit geheimen Flugblättern arbeiten und andersdenkende Arbeiter und Arbeiterführer beschimpfen, wo sie sich nicht verteidigen können und wo die Einigkeit der Arbeiter eine dringende Notwendigkeit war. Die Stimmung der Arbeitermassen, die dem Ausstand den Nährboden gab, war uns nicht nur bekannt, sondern auch in vollem Maße verständlich, und wir haben an dieser und anderen Stellen unsere warnende Stimme lange vorher erhoben. Als der Streik ausbrach, haben wir uns des Eingreifens enthalten, das auch von niemand erbeten wurde. Der Parteivorstand wurde von den Streikenden gerufen und folgte dem ihm übermittelten Wunsche. Höher als der Parteizank stand ihm die Sache der Arbeiter. Er erhob nicht den Einwand, daß man ihn vorher nicht befragt hatte, sondern er hielt der Arbeiterschaft die Treue, die sie von ihm begehrte. Die Unabhängigen allein betrieben auch in jenen ernsten Tagen die Arbeiterzersplitterung, und ihre Verhinderung der Verhandlungen auf der vom Reichskanzler ermöglichten Grundlage, diente dem gleichen Zwecke.

Diese Arbeiterzersplitterung ist Arbeiterverrat. Das Urteil darüber wird die deutsche Arbeiterklasse mit seltener Einmütigkeit sprechen, daran zweifeln wir nicht. Die beste Antwort ist die Stärkung der Gewerkschaften und der gewerkschaftlichen Disziplin, der Kampf gegen die syndikalistischen Tendenzen, die sich unter der Hetze gegen die Gewerkschaftsführer verbergen. Schon tobt die ganze arbeiterfeindliche Presse vor Vergnügen über die Zersetzung der Arbeiter durch die Unabhängigen. Sie wittert Morgenluft. Aber die deutsche Arbeiterklasse wird an der einen Niederlage in Berlin genug haben und durch die Fernhaltung der anarchosyndikalistischen Tendenzen von ihren Gewerkschaften ihre Widerstandskraft im wirtschaftlichen Kampfe sichern und stärken. Das ist die wichtigste aus den Berliner Vorgängen zu ziehende Lehre.

Diese Ausführungen des Correspondenzblattes der freien Gewerkschaften zeigen deutlich, welche Folgen die Streikbewegung für die gesamte Arbeiterschaft hatte und daß die energische Maßnahme und Abwehr der christlichen Gewerkschaften und besonders unseres christlichen Metallarbeiterverbandes gegen den Streik das einzig Richtige und Notwendige gewesen ist. Alles andere bedeutet letzten Endes nur Schädigung der Arbeiterinteressen. Davon kann auch die sozialdemokratische Parteipresse nicht freigesprochen werden, die seit Monaten und Wochen allen möglichen Zündstoff aufhäufte und die, wie auch die freie Gewerkschaftspresse, kaum ein Wort der Verurteilung finden konnte. Leider erklärten auch die freien Gewerkschaften in dieser äußerst wichtigen Sache, daß sie dem Streik „neutral" gegenüberständen und die Generalkommission wusch ihre Hände in Unschuld. Oertliche Instanzen der freien Gewerkschaften, wie z. B. in Nürnberg und Frankfurt, unterschrieben die Streikflugblätter oder ließen scharfe Streikresolutionen vom Stapel. Die Vorgänge, die der Streik in den sozialdemokratischen Hochburgen zeigte, beweisen doch, daß in den freien Gewerkschaften Elemente sich finden, denen es, wie das Correspondenzblatt offen zugeben muß, nicht um Arbeiterinteressen, sondern um anarchosozialistische Bestrebungen zu tun ist und die innerlich gar nicht zu einer Gewerkschaftsbewegung gehören. Die bolschewistischen Elemente in den freien Gewerkschaften sind nichts anderes als die „Zersplitterer der Arbeiterschaft". Daß aber diese Elemente so stark in den freien Gewerkschaften werden konnten, hat letzten Endes seinen Grund auch darin, daß die freien Gewerkschaften in den Gegenden, in denen sie die Majorität haben, mit oft anfechtbaren Mitteln alles und jedes in ihre Organisation hineinzwingen wollten, ganz gleich, ob die Betreffenden auf ihrem Boden standen oder nicht. Wir erinnern nur an den Zwang und Terror, der auch oft gegen christlich organisierte Arbeiter in den Betrieben oder auf der Baustelle verübt wurde, um sie zu veranlassen, in die freien Gewerkschaften einzutreten. Wenn jetzt in den freien Gewerkschaften manche bolschewistischen Elemente zum Nachteil der Arbeiterbewegung ihr Unwesen treiben, so liegt ein Hauptgrund auch in der oben angegebenen Handlungsweise. Wo sich die bolschewistischen Treibereien in Betrieben bemerkbar machen, werden ihnen unsere Kollegen stets auf das schärfste entgegentreten.

An die Arbeiterausschüsse im oberschlesischen Bergbau!

Entsprechend den Wünschen der in den oberschlesischen Bergbaubetrieben beschäftigten Berg- und Metallarbeitern, und um die Arbeiter und die Kriegswirtschaft schädigende Bewegungen nicht aufkommen zu lassen, haben sich die eine Arbeitsgemeinschaft bildenden Berg- und Metallarbeiterverbände, mit der Lohnfrage befaßt. In Anbetracht der großen Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, insbesonder der Bekleidungsstoffe, Wäsche und Schuhe, halten die Arbeiterorganisationen eine weitere Steigerung der Löhne für dringend notwendig. Die Organisationsleitungen empfehlen daher den Arbeiterausschüssen im oberschlesischen Bergbau, den Werksverwaltungen Forderungen zu unterbreiten. Für die Grubenmetallarbeiter lautet die Forderung:

„Für die auf den Bergwerken beschäftigten Metallarbeiter, wie Schmiede, Kesselschmiede, Schlosser, Dreher, Klempner, Elektriker, Maschinisten, Maschinenarbeiter usw. wird, sofern sie einschließlich aller Zulagen, aber ausschließlich der Regelmäßigkeitsprämie weniger als 6,50 Mark pro Schicht verdienen, eine Erhöhung des Grundlohnes um 2 Mark täglich, für diejenigen, die über 6,50 Mark verdienen, eine solche von 1,50 Mark gefordert."

Einer besonderen Begründung an dieser Stelle bedürfen die Forderungen nicht. Wenn sie von den Grubenverwaltungen abgelehnt werden sollten, mögen sich die Arbeiterausschüsse an die zuständigen Schlichtungsausschüsse wenden und gleichzeitig den Belegschaften erklären, daß keine weiteren Schritte ohne Einverständnis der Organisationsleitungen unternommen werden dürfen. Wo noch andere berechtigte Beschwerden vorliegen, wollen die Arbeiterausschüsse diese ebenfalls den Verwaltungen unterbreiten und überhaupt darauf dringen, daß alle Differenzen auf loyalem Wege, ohne Streik, zum Austrag gebracht werden.

Christlicher Metallarbeiterverband.
Deutscher Metallarbeiterverband.
Polnische Berufsvereinigung, Abt. für Metallarbeiter.
Gewerkverein der Maschinenbau- u. Metallarbeiter (H. D.)

Die Lage der Weltwirtschaft in der Zukunft

II.

Einen wirklichen Vorteil aus dem Kriege haben bis jetzt die Vereinigten Staaten und Japan gezogen. Was sonst in jahrelanger Entwicklung kaum möglich gewesen wäre, hat ihnen der Krieg wie ein Traum gebracht. Japan hat einen Teil seiner Schulden ablösen können, es konnte Rußland sogar Geld leihen. Wenn nicht alles trügt, wird Japan die Vormacht Ostasiens werden, zum Schaden Deutschlands, dessen asiatischer Handel sowieso nicht allzu bedeutend war, dagegen werden England und Frankreich Japans vermehrte Macht spüren. Aber auch Japan kann nicht über die Grenzen seiner Kapazität hinauskommen, das gleiche gilt für die Vereinigten Staaten. Deshalb konnten sie in China nur beschränkt Handelsbeziehungen und Kapitalverbindungen anknüpfen. Es bleiben also immerhin doch noch so viele Lücken in China, daß der deutsche Handel Platz für sich selbst findet. Japans Industrie ist noch in den Anfängen, seine Produktivkraft ist noch schwach, und auf manchen Gebieten sind die deutschen Erzeugnisse unentbehrlich für die japanische Volkswirtschaft. Im übrigen ist Deutschland nicht entfernt so an Ostasien interessiert wie England, Amerika und Rußland. Deutschlands geographische Lage und seine Produktivkräfte weisen auf andere Ziele wuchtiger hin.

Nachdrücklich muß darauf hingewiesen werden, daß die wachsende Bevölkerung eines Landes für die Beteiligung an der Weltwirtschaft entscheidet. Ihre Bedürfnisse (die Wareneinfuhr) geben den Ausschlag im Verkehr der Völker. Deutschland führte 1913 für nicht ganz 11 Milliarden, Oesterreich-Ungarn für nicht ganz 3 Milliarden Mark Waren ein. Künftige Veränderungen müssen also von der Einfuhr ausgehen, denn die Konsumkraft eines Volkes ist seine Macht, allerdings wie der Krieg lehrt — mit der Einschränkung, daß auf dem Weltmarkt ein verhältnismäßig großes Angebot vorhanden ist; das ist ja in normalen Zeiten öfters der Fall. Jeder Verzicht hat einen anderen Verzicht zur Folge, auf eine Ausschaltung folgt die andere. Willkür hemmt die eigene Volkswirtschaft, deshalb wird besonders der fehlende Nahrungsmittelbedarf zum großen Teil aus Rußland gedeckt werden, schon wegen des Vorzuges der Nachbarschaft, wahrscheinlich werden aber auch Ungarn und der Balkan in Zukunft wieder mehr in die Reihe unserer Lieferanten treten. Große Veränderungen in unserer Einfuhr sind also kaum zu befürchten.

Einfuhr bedingt aber auch wieder Ausfuhr; die Lieferanten von Rohstoffen und Nahrungsmitteln müssen uns als Gegenwert dafür unsere Fabrikate abnehmen. Auch in Zukunft sind wir darauf angewiesen, unsere Gewerbeerzeugnisse auszuführen; eine Beschränkung auf den inneren deutschen Markt ist nicht möglich. Viele Staaten sind aber in ihrer allgemeinen Kaufkraft durch den Krieg sehr geschwächt worden und darunter hat unser Absatz zu leiden. Andere Länder, aber, z. B. Holland, Japan, Vereinigte Staaten, sind reicher und kaufkräftiger geworden. Obwohl sie Konkurrenten sind, ist ihr Markt aufnahmefähiger auch für fremde Produkte. Im ganzen aber wird das Ausland zunächst bedeutend weniger aufnahmefähig sein.

Von der Nationalisierung der Volkswirtschaften hätten wir Nachteile, so werden wir z. B. in der Zuckerausfuhr nach England wahrscheinlich einbüßen (200 Mill. Mark), England hat sich während des Krieges an den Rohrzucker gewöhnt. Vielleicht geht auf manchen Gebieten auch der Export von Fertigwaren etwas zurück. In anderen Ländern sind aus der Kriegsnot heraus eben auch eigene nationale Betriebe entstanden, die uns zuliebe nicht wieder aus der Welt geschafft werden können.

Es hat im ganzen den Anschein, als ob der Krieg die einzelnen Völker mehr auf die Innenwirtschaft hinlenken würde; das wäre nicht ohne weiteres nachteilig; denn früher wurde bei uns manches eingeführt, was zu Hause mindestens ebensogut und dazu manchmal noch billiger hergestellt wurde. Vor allem muß man sich bei der Wertung oder Beurteilung der Einfuhr vor Augen halten, um welche Güter es sich dabei handelt

Man darf Getreide nicht gleichwertig mit Kaffee (wir führten für 200 Mill. Mark ein) ansehen oder mit Kaviar oder ausländischen Weinen. In der Handelsstatistik figurieren diese mehr oder weniger entbehrlichen Güter ebenbürtig mit den unentbehrlichsten. Zwischen Gewohnheit und Notwendigkeit ist aber doch ein erheblicher Unterschied. Das ist auch Eulenburg entgegenzuhalten, der den Kaffee für unentbehrlich hält. An seine Stelle könnte, wenn uns Brasilien ausschalten will, ein anderes Genußmittel treten. Unsere Waffe gegen die Ausschaltung müßte ganz allgemein der Verzicht auf alle halbwegs entbehrlichen Dinge sein, die aus dem uns übel gesinnten Ausland kämen. Es würden dadurch einige Waren teuerer werden, dafür würden wir auf andere verzichten und damit den Mehraufwand auszugleichen suchen. Wir wollen und wünschen diesen Zustand nicht, wir würden uns aber damit abzufinden wissen, ohne Schaden an unserer Gesundheit zu nehmen.

F. B.

Theorie und Praxis.

Sie sollten eigentlich nicht Gegensätze sein, sondern Ergänzungen. Das Leben offenbart indes mehr als eine tiefe Kluft zwischen den beiden Begriffen, wie ihren harmonischen Zusammenklang. Da wird nun schon seit Monaten in der Arbeitgeber- und auch vielfach der bürgerlichen Presse geredet von der glänzenden Lage der Arbeiter, der Arbeiter schlechthin, nicht vieler Arbeiter. Eine gewollte Atmosphäre des Neides ist trübe und dunstig aufgestiegen gegen uns, die Glücklichen, — die „einfachen Arbeiter", die jetzt mehr verdienen, wie selbst Kaufleute und Beamte, wie ein die ganze Presse durchlaufender Korrespondenzartikel unlängst ernsthaft versicherte. — Theorie, graue Theorie! Aber die Praxis sieht leider anders aus. Ein neuer Beweisfall: Da liegt im herrlichen Lahntal in stiller Abgeschiedenheit ein bekannter, historisch bedeutsamer Badeort. Reizend schmiegen sich die Prachtbauten der Hotels an die sanft ansteigenden Berge, mit ihren blendend weißen Fassaden einen freundlichen Gegensatz bildend zu dem dunklen Grün der waldbestandenen Höhen. In vielfachen, anmutigen Windungen bahnt die Lahn sich ihren Weg durchs liebliche Tal. Ein paradiesisches Fleckchen Erde — Bad Ems. Die Menschen müssen glücklich sein, das ist der erste Eindruck, welche hier, von allen Reizen einer herrlichen Natur umgeben, in stiller, trauter Abgeschlossenheit hausen können. — Theorie!

Auch hier bildet die harte Lebenswirklichkeit einen grellen Kontrast zum lieblichen Naturbilde. Der Erzreichtum der Berge hat die Industrie angelockt und nimmermüde Emsigkeit durchwühlt den Schoß der Erde nach ihren Schätzen — Blei und Silber.

Wenn Naturschönheit allein Glück bedeutete, dann wären die Arbeiter hier zu beneiden, aber auch hier entscheiden reale Werte über Glück und Zufriedenheit. Und mit diesen sind wir alle nicht übermäßig bedacht. Vor einigen Wochen unterbreiteten die durchweg organisierten Arbeiter des Blei- und Silberwerks, und der Bleihütte ihren Betriebsleitungen bescheidene Lohnwünsche. Sie wurden abgelehnt. Die staatlichen Höchstpreise für die geförderten Metalle sollen, nach Ansicht der Direktion und auch des Herrn Bergrats, keine Lohnerhöhung zulassen. Dabei sind hier Löhne an der Tagesordnung, welche ungläubiges Erstaunen wecken können. Wir stellten folgende Lohnhöhe fest:

Bei Hilfsarbeitern 32 bis 39 Pfg. pro Stunde,
Aufbereitungsarbeitern 30 bis 36 Pfg. pro Stunde
Platzarbeitern 38 bis 40 Pfg. pro Stunde
Schlittenarbeitern 32 bis 45 Pfg. pro Stunde
Schlossern 30 bis 46 Pfg. pro Stunde
Schreinern 47 bis 48 Pfg. pro Stunde
Elektroarbeitern 43 bis 48 Pfg. pro Stunde.

Zwischen den genannten Zahlen schwanken die Löhne. Phantasielöhne sind das auch, aber in Bezug auf ihre Niedrigkeit. Sie werfen ein grelles Streiflicht auf die „glänzende Lage der Arbeiter" und beleuchten blitzartig die Praxis.

Ob sich die Direktion des Werkes ihrer Haltung nicht schämt bei solchen Löhnen? Wir glauben es nicht, wissen es nicht, das aber wissen wir, daß wir den Kampf aufnehmen für eine anständige und auskömmliche Lohnhöhe. Und daß wir diesen Kampf erfolgreich werden führen können, das verbürgt uns die Treue und die Einigkeit unserer Kollegen in Bad Ems.

M. F.

Allgemeine Rundschau

Front und Streik.

Wie sehr die Kollegen an der Front erbittert sind über das schmachwürdige Verhalten der Streikenden, dafür liefern die Zuschriften-Belege, die in großer Zahl in den letzten Tagen bei der Redaktion einliefen. Ein markanter Brief des Kollegen Fr. W. aus Kattowitz, Oberschlesien, der an der Westfront steht, sei herausgegriffen. Der Kollege schreibt:

„... Alle Kameraden und auch ich teilen die allgemeine Ansicht unserer Organisation, daß durch diese gewissenlose Streiks nicht ein Frieden gefördert wird, wohl aber dazu beiträgt, den ganzen Krieg zu verlängern. Denn was der Ausstand voriges Jahr am 16. April für Folgen hatte, das haben wir hier ganz gut gemerkt, da sich um diese Zeit auch die Offensive der Tommys zu einem Nachteile für uns beschlossen hatte. Dadurch hatten wir einige Ortschaften verloren, da ohne Munitionsnachschub die Stellung nicht gehalten werden konnte. Es ist ganz gut, daß unsere Organisation jedem Streik entgegen arbeitet, da dies nur das einzig richtige ist. Solange haben wir Stand gehalten und jetzt wo es einem Frieden entgegen geht, schlapp machen, das wäre ja der deutschen Helden unwürdig. Nun will ich schließen in der Hoffnung, daß sich die deutsche Metallarbeiterschaft nicht mehr zu solchen Schritten anführen läßt und sich bis zu einem gesegneten Frieden ihrer Helden würdig erweist.

Mit kollegialem Gruß verbleibt

Franz W."

An der Front verlangen unsere Arbeitskollegen Munition, um sich vor dem Feinde zu schützen. Sie bewahren die Heimat vor Untergang und in der Heimat gibt es Hetzer, die erbärmlich genug sind, lieber diese Kollegen dem Tode zu überliefern, als für sie Waffen zu schmieden. Jeder ehrliche Arbeiter steht weitab von solchen Elementen.

Emil Döblin †

Der längjährige erste Vorsitzende des freien Buchdruckerverbandes Emil Döblin ist vor kurzem aus dem Leben geschieden. Ein Leberleiden hat ihn in seinem 66. Lebensjahre hinweggerafft. Unter ihm hat die Organisation des freien Buchdruckerverbandes einen starken Aufschwung genommen. Besonders auf dem Gebiete der Tarifentwicklung hat Döblin Großes geleistet, und an der Festigung des Buchdruckertarifs, der auf starker Grundlage aufgebaut ist, und der manchen anderen Gewerben als Vorbild dienen kann, hat er bedeutenden Anteil. Im politischen Leben ist Emil Döblin nicht stark hervorgetreten, er widmete seine Kraft der gewerkschaftlichen Arbeit und als tüchtiger Arbeiterführer und Gewerkschaftler wird Emil Döblin auch später in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung mit Ehren genannt werden.

Die Folge des Streiks.

Es kann gar keine Frage sein, daß durch den Putsch der Krieg um manche Woche verlängert wurde. Die Feinde, die uns militärisch nicht besiegen können, setzen ihre Hoffnung auf die innere Zerrüttung Deutschlands, um so an ihr Ziel zu kommen. Die feindliche Regierung und Presse frohlockt, daß in Deutschland ein verhetzter Teil der Arbeiterschaft sich verleiten ließ, zu streiken. Wie der Streik im feindlichen Auslande, besonders bei der sozialdemokratischen Arbeiterschaft dieser Länder gewirkt hat, dafür bringen die „Times" aus Washington folgende Nachricht:

Die Antwort der amerikanischen Arbeiterschaft auf die Ausstände in Deutschland, daß sie dem Präsidenten Wilson eine noch rückhaltlosere Unterstützung gewähren als bisher, ist dem Empfinden zuzuschreiben, daß gerade jetzt, wo die Regierung vor großen Volksbewegungen steht, die die Beendigung des Krieges verlangen, die Stunde für die Völker aller verbündeten Länder gekommen sei, die größte Einigkeit an den Tag zu legen; dann zitiert der Korrespondent eine Aeußerung, die Gompers, der Führer des amerikanischen sozialistischen Arbeiterverbandes, ihm gegenüber gemacht hat. Gompers sagte: „Der einzige Weg für Deutschland, Frieden zu erhalten, besteht darin, daß es seine Regierung entthront, und der einzige Weg für uns, Frieden zu bekommen ist, unsere Regierung zu unterstützen."

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft der feindlichen Länder spricht sich für schärfstes Durchhalten aus, denn nur auf diesem Wege sei Deutschland zu besiegen. In den deutschen sozialdemokratischen Hochburgen dagegen streikte ein Teil der Arbeiter und schädigte dadurch auf das schwerste unser Vaterland. Die christliche Arbeiterschaft und besonders die Metallarbeiterschaft wird stets treu zu Kaiser und Reich stehen.

Aufenthaltswechsel und Familienunterstützung.

Unklarheit über die Bedeutung des Aufenthaltswechsels für die Zahlung der Familienunterstützung hat erfahrungsgemäß bereits viele Kriegerfrauen in große Bedrängnis gebracht.

Beim Fortzug in den Bezirk eines anderen Lieferungsverbandes muß regelmäßig der erste Verband, vorausgesetzt, daß die Bedürftigkeit weiter besteht, und daß berechtigte und dringende Gründe für den Fortzug vorliegen, die Unterstützung weiter zahlen und die Zahlung den Verhältnissen auch des neuen Aufenthaltsortes anpassen.

Es empfiehlt sich daher, zumal wenn die Familie vollständig auf die Familienunterstützung angewiesen ist, bei beabsichtigtem Fortzuge sich zunächst an die in Betracht kommende Behörde mit der Anfrage zu wenden, ob sie die von ihr für den Fortzug geltend gemachten Gründe als berechtigt anerkennt und daher die Unterstützung in derselben Höhe weiter zu zahlen bereit ist. Wenn die betreffende Behörde den Fortzug nicht gutheißt, ist es ratsam, am Orte zu bleiben, da sonst vielleicht nur die Reichsunterstützung weitergewährt wird, und die Familie der Wohltaten der fast an sämtlichen Orten bestehenden ergänzenden Fürsorge verlustig geht. Nach den neuesten Entscheidungen werden solche Familien, die ohne berechtigte Gründe verzogen sind, bei unauskömmlicher Unterstützung von der Armenverwaltung nach armenrechtlichen Grundsätzen unterstützt. Es ist daher davor zu warnen, daß Frauen aus Landgemeinden in der Hoffnung auf besonders hohe Familienunterstützung in die Großstadt ziehen, da diese nicht für sie eintritt, und die Armenverwaltungen nur sehr geringe Beihilfen gewähren. Sobald eine solche Familie erklärt, an ihren ursprünglichen Aufenthaltsort zurückkehren zu wollen, ist der zuständige Lieferungsverband verpflichtet, ihr die Kosten des Rücktransportes zu gewähren.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, ist für Sonntag, den 24. Februar der 9. Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. Februar bis 2. März 1918 fällig.

Krankenunterstützung.

Die Mitglieder werden erneut darauf hingewiesen, daß sie in allen Unterstützungsfällen sich sofort beim Vorstand der Verwaltungsstelle zu melden und ihr Mitgliedsbuch abzugeben haben. Die Meldung hat durch das Mitglied selbst, nicht durch den Vertrauensmann zu erfolgen. Die Karrenzzeit wird nicht für die zurückliegende Zeit, sondern nur vom Tag der Meldung an gerechnet. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder sich sofort zu melden, wenn sie rechtzeitig in den Besitz der Unterstützung kommen wollen.

*

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1918 konnte infolge Druckschwierigkeiten bis jetzt noch nicht in größerer Auflage durch das Generalsekretariat an unsere Hauptgeschäftsstelle gesandt werden. Wir bitten daher unsere Kollegen, sich noch etwas zu gedulden. Sofort nach Eintreffen hier wird es allen zugestellt werden.

*

Die Verwaltungsstelle München erhält die Genehmigung zur Erhebung eines weiteren Lokalzuschlages von 10 Pfg. Die Beiträge der ersten Klasse, bei den Arbeiterinnen und Jugendlichen verbleiben auf ihrem Stand. Nichtbefolgung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet.

Duisburg, Mülheim-Oberhausen. Am Sonntag, den 10. Februar fand im Gesellenhause zu Duisburg die Jahresgeneralversammlung unseres Verwaltungsbezirks statt. Die Delegierten hatten sich sehr zahlreich eingefunden. Eingangs gedachte der Vorsitzende, Kollege Keßler, der im Laufe des Jahres gefallenen und verstorbenen Mitglieder, während die

Die Stunde.

Die Folgen des dreißigjährigen Krieges für Deutschland, die wir in voriger Nr. zum Teil behandelten, trafen auch den deutschen Handel, Gerichtswesen usw. sehr schwer.

Der Handel hatte seine Verbindungen mit dem Auslande verloren, der inländische Markt war verarmt. Das Edelmetall war in die Fremde gewendet oder geschleppt, die deutschen Wälder mußten das Holz zum Bau der englischen, holländischen und französischen Schiffe liefern, die fortan die Meere beherrschten. Grade jetzt, wo sich ein Weltmarkt und ein Welthandel zu bilden begann, lag die deutsche Kaufmannschaft in tiefer Ohnmacht. Ueberhaupt aber galt für den Handel nur der stadtwirtschaftliche Gesichtspunkt. Jede Stadt betrieb ihre eigene Handelspolitik und nahm keine Rücksicht auf die Interessen der ganzen Provinz und ihrer übrigen Städte, geschweige denn auf die des Staates. Wie innerhalb der Städte die Gütererzeugung durch die Zünfte und Innungen streng geregelt war, so leitete jede Kaufmannsgilde die Entwicklung des Handels nach den Interessen der Stadt. Wenn die Landesherren den Verkehr auf den Strömen mit immer höheren Zöllen beschwert hatten, so sahen die Kaufleute das Stapelrecht, demzufolge durchgehende Güter zum Verkaufe am Platze ausgeladen und angeboten werden mußten, und der Verkauf von Gast zu Gast verpönt war, für das wertvollste Privileg ihrer Stadt an.

Die Schöffengerichte hatten viele Jahre keine Sitzungen gehalten und gingen unter; das Notariat verlor in der Rechtspflege seine Bedeutung gegenüber den Rechtsgelehrten, für den „Laienstand" war in den Gerichtsstuben kein Platz, das Schreibwerk verdrängte die mündliche Verhandlung.

Das Volksschulwesen lag gebeugt am Boden, und die Schulmeister mußten meist zugleich Handwerker oder Arbeiter sein. Ganze Behörden, ganze Fakultäten an den Universitäten waren ausgestorben, manche Gymnasien geschlossen.

Das Steuerwesen ruhte noch auf ständischer Grundlage, aber die Stände, waren von kleinlicher Eigensucht beherrscht und jeder kräftigen Reform abgeneigt. Einen Stand (nämlich im Landtage) hat jeder Adlige, der als Rittergutsbesitzer unmittelbar unter dem Landesherrn, dem Kurfürsten steht; ebenso jede Stadt, die dieses Verhältnis zum Landesherrn hat („Immediatstadt") im Gegensatz zu der „Mediatstadt", die der nächsten „Amtskammer", der Verwaltungsbehörde einer Landschaft (Provinz), unterstellt ist und deren Bürger wie die Bauern zu Abgaben und Frondiensten verpflichtet sind. Die adligen Rittergutsbesitzer und die Vertreter der Immediatstädte bilden also die „Stände" eines Landtags. Sie hatten nicht nur das Recht der Steuerbewilligung und der Zustimmung zur Truppenwerbung, sondern das ganze Heerwesen, Verpflegung und Ausrüstung war von der ständischen Landesverwaltung abhängig. Die landesfürstliche Macht galt den Ständen gegenüber erst dann, wenn ihr Träger den „Recreß", der ihre Privilegien enthielt, bestätigt hatte. Denn die Staatsidee hatte sich noch nicht entwickelt, und wie im Mittelalter erschienen Privilegien nur als persönliche Gaben, nicht als Rechte, die der Fürst als Organ des Staates verliehen. Jede Provinz hatte ihre eigenen Stände mit besonderen Privilegien, und diese waren nur gewohnt, für sich zu sorgen; der Gesichtskreis reichte nicht über die Grenzen der Provinz hinaus, und so wenig wie ein allgemeines Indigenat, gab es einen allgemeinen bürgerlichen Sinn. Das Indigenat d. h. Eingeborenenrecht galt nicht für das gesamte Gebiet der kurfürstlichen Lande, sondern nur für jedes einzelne; ihm zufolge konnte nur, wer in der Landschaft (Provinz) geboren war, ein öffentliches Amt in dieser bekleiden. Das Indigenat war ein Bollwerk, hinter dem die Stände sich gegen die Einrichtungen des fürstlichen Einheitsstaates verteidigten. Erst Friedrich Wilhelm I. von Preußen hat es völlig beseitigt.

Auf dieselbe niedere Stufe war der soldatische Geist und das Heerwesen gesunken. In dem langen Kriege waren Offiziere wie Gemeine sittlich gleich sehr verwildert. Gegen Pflicht und Ehre im Gewissen abgestumpft, war man gegen Bürger und Bauern einer unmenschlichen Roheit fähig, die Vorgesetzten beschmeichelte und betrog man, gegen die Gleichgestellten war man voll Scheelsucht und zu den Untergebenen hatte man im wesentlichen nur ein Kontraktverhältnis. Auch den Obersten band an den Fürsten nicht die Mannentreue, sondern der Kontrakt. In diesem war bestimmt, was der Fürst zu zahlen hatte, im übrigen machte der Oberst durch Werbung und Unterhaltung des Regiments sein Geschäft; er besetzte die Offiziersstellen und war der Gerichtsherr seiner Truppe. So verkamen die höheren Offiziere in „Finanzerei", und wenn Hermann Wrangel an seinen Sohn, den General Karl Gustav, schrieb: „Mache, daß Du was aufhebst, gleich wie die andern tun, der was nimmt, hat was," so sagte sich jeder Offizier dasselbe. Sie kannten keine Begeisterung für etwas Höheres; Vaterland, Pflicht und Nationalehre waren für sie leere Namen. — So gab es für das ganze Volk keine Gemeinschaft, sie bestand weder auf politischem, noch auf wirtschaftlichem Gebiet, auch die Ueberlieferung daran war verschwunden, und das kurbrandenburgische Staatsgebiet war so zusammengestückt, daß ihm auch äußerlich die geographische Einheit fehlte. Die Mündungen der Ströme waren in den Händen Schwedens, dem auch noch die Seezölle in den pommerschen und preußischen Ostseehäfen gehörten. Ueberall von fremdem Gebiet umklammert, konnten die deutschen Staaten ohne Ergänzung wirtschaftlich nicht gedeihen.

So haben die Gegner Deutschland zerstückt und was damals gelungen war, sucht man jetzt in ähnlicher Weise wieder zu verwirklichen. Aber das soll den Feinden nicht gelingen. An den Fronten hält unser Volksheer Wacht und in der Heimat schaffen die Männer, vor allem die Arbeiterschaft. Streiks schädigen das bedrängte Vaterland. Nur äußerste Pflichterfüllung bringt uns den Sieg.

war krankheitshalber nicht erschienen. Den Geschäfts- und Versammelten sich von den Plätzen erhoben. Kollege Burgartz Kassenbericht gab Kollege Henkemeier. Einleitend schilderte er, wie das vergangene Jahr im Zeichen der Erfassung und Anspannung aller Kräfte gestanden habe. Durch das Hilfsdienstgesetz sei versucht worden, alle vorhandenen Kräfte in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. Das Gesetz habe neue Pflichten für die Arbeiter gebracht, aber für unseren Bezirk auch Fortschritte. Durch die Einführung der Arbeiterausschüsse und der Schlichtungsstellen sei den Arbeitern die Möglichkeit gegeben, wenigstens in den dringendsten Fällen gegenüber der Uebermacht des Kapitals ihre Interessen wahrzunehmen. Auf gewerkschaftlichem Gebiete ist im vergangenen Jahre hervorragendes geleistet worden. Reich an Erfolgen, hat der christliche Metallarbeiterverband im hiesigen Bezirk eine glänzende Entwicklung zu verzeichnen. Die Einnahmen für die Verbandskasse sind von 48 999,05 Mark im Jahre 1916 auf 205 433,60 Mark im Jahre 1917 gestiegen. Die Ausgaben weisen ebenfalls eine Steigerung um das Dreifache auf und betrugen 35 714,04 Mark. An die Hauptkasse abgeliefert wurden 169 719,56 Mark. Die Lokalkassen hatten eine Einnahme von 78 018,26 Mark, Ausgaben 60 351,57 Mark und Bestand am Jahresschluß 17 666,69 Mark. Der Umstand, daß der riesigen Verteuerung der Lebensweise keine ausreichende Aufbesserung der Löhne gefolgt war, hat die Arbeiter veranlaßt, sich zu tausenden der Organisation anzuschließen. Insgesamt waren 13 257 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Lohnbewegungen wurden 183 mit Erfolg durchgeführt. Im Durchschnitt dürfte eine Aufbesserung von 7 Mark pro Woche, oder 350 Mark im Jahr für die Beteiligten erreicht sein. Ein größerer Teil unserer Mitglieder war zweimal, ein Teil auch dreimal an Lohnbewegungen beteiligt, so daß infolge der Tätigkeit der Organisation Verdienststeigerungen bis zu 1000 Mark im Jahre zu verzeichnen sind. Andererseits muß darauf hingewiesen werden, daß auch heute noch in einer ganzen Reihe von Betrieben die Löhne nicht im richtigen Verhältnis zur herrschenden Teuerung stehen. Neben diesen erfreulichen Momenten mußte im Bericht auf einige unerfreuliche Dinge hingewiesen werden. Es wurde betont, daß sich noch zu wenig Mitglieder an der Mitarbeit im Verbande beteiligten. Die Zahl der Vertrauensleute und agitatorisch tätigen Kollegen sei im Vergleich zur Mitgliederzahl noch zu gering. Dann wurde gerügt, daß ein Bruchteil der Mitglieder die Beiträge nicht pünktlich zahlt. Die Extrabeiträge sind nicht von allen Mitgliedern geleistet worden. Referent kam auf die Aufgaben der nächsten Zeit zu sprechen. Die innere Organisation muß nach den Richtlinien der geübten Kritik weiter ausgebaut werden. Es wurde besonders betont, daß den Mitgliederversammlungen mehr Interesse entgegengebracht werden muß. In den Betrieben muß mit Nachdruck versucht werden, die Außenseiter zu gewinnen. Damit Hand in Hand gehen sollte eine ständige Kontrolle der Mitglieder durch die Vertrauensleute. Der Gedanke der Zusammengehörigkeit und die Verbandsdisziplin muß noch mehr gefestigt werden. Oftere Aussprachen im Kreise der Mitglieder sind daher dringend notwendig und dem Versammlungswesen können die Kollegen garnicht genug Aufmerksamkeit entgegenbringen. Besonders betont wurde die Notwendigkeit der Hausagitation. Bei der letzten Hausagitation wurden von zirka 1100 besuchten Unorganisierten 836 für den Verband gewonnen. Leider konnte man nicht alle Adressen ausnutzen, weil sich nicht genügend Kollegen an dieser wichtigen Arbeit beteiligten. Hoffentlich werde das bei der nächsten Hausagitation am 24. Februar und 3. März besser. Zum Schluß wurde allen Mitarbeitern, Vertrauensleuten und Vorstandsmitgliedern recht herzlich für die geleistete Arbeit gedankt. Der Bericht fand reichen Beifall. Die Revisoren berichteten über tadellose Kassenführung und beantragten Entlastung, die einstimmig erteilt wurde. An der Aussprache beteiligten sich acht Delegierte, die ihrer Freude über die schönen Erfolge Ausdruck verliehen, andererseits aber auch verschiedene Dinge kritisch betrachteten. Gerade diese Aussprache zeigte, daß der feste Wille vorhanden war, unsere Sache weiter vorwärts zu bringen.

Es folgte die Vorstandswahl. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig ohne Diskussion wiedergewählt.

Zur gegenwärtigen Situation nahm die Generalversammlung wie folgt, einstimmig Stellung:

Entschließung:

Die Generalversammlung des Verwaltungsbezirks Duisburg des christlichen Metallarbeiterverbandes, die von mehr als 300 Delegierten aus den Städten Duisburg, Mülheim-Ruhr, Oberhausen und Hamborn besucht ist, nimmt wie folgt Stellung zur Frage des politischen Massenstreiks: Das hiesige sozialdemokratische Organ die „Volksstimme" hatte mit Bezug auf die Erklärungen der Vorstände der christlichen Gewerkschaften geschrieben „Für die Aktionen der „Vorstände" der christlichen Gewerkschaften sind diejenigen unserer Arbeitsbrüder, die zu den „Christlichen" gehören, nicht verantwortlich." Gegen diese leichtsinnige und durch nichts begründete Bemerkung des sozialdemokratischen Blattes erheben die Versammelten im Auftrage tausender christlich organisierter Kollegen entschieden Protest. Der Streik als politisches Kampfmittel wird entschieden und unzweideutig verurteilt. Die Versammelten sind mit den Vorständen der christlichen Gewerkschaften vollkommen einig in der Auffassung, daß durch Streiks in gegenwärtiger Zeit nur unseren Feinden Wasser auf die Mühlen geliefert und durch die neubelebte Hoffnung auf den inneren Zusammenbruch Deutschlands der Krieg in die Länge gezogen wird. Auch im Interesse der Arbeiter ist zu wünschen, daß im Friedensvertrag günstige Voraussetzungen für die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens und in erster Linie der deutschen Metallindustrie erreicht werden. Es muß daher alles vermieden werden, was Deutschlands Machtstellung schädigen könnte. Mit Genugtuung stellt die Versammlung fest, daß im Bereich des genannten Bezirks keinerlei Arbeitseinstellungen während der kritischen Tage erfolgt sind.

Anerkennend wird der vielseitigen und erfolgreichen Arbeit gedacht, die der christliche Metallarbeiterverband im hiesigen Bezirk für die Metallarbeiter auf dem Gebiete der Lohn-, Ernährungs- und rechtlichen Fragen geleistet hat. Wie sehr die Tätigkeit des Verbandes bei der hiesigen Arbeiterschaft Anklang fand, geht wohl am besten aus der Tatsache hervor, daß im Jahre 1916 3881 und 1917 13 257 Beitrittserklärungen erfolgt sind. Wie bisher soll auch in Zukunft das Interesse der Arbeiter durch zielbewußte Mitarbeit im Volksganzen wahrgenommen werden. Von den zuständigen Stellen wird erwartet, daß sie den Wünschen der Arbeiter Verständnis entgegen bringen. Insbesondere erwartet die christlich organisierte Arbeiterschaft, daß die bürgerlichen Parteien bei Durchführung innerer Reformen und beim Ausbau der sozialen Gesetzgebung auch den Interessen der Arbeiterschaft eine entschiedene Vertretung zuteil werden lassen. Das gleiche Wahlrecht, die Schaffung von Arbeitskammern und die Beseitigung des Paragraph 153 der G.-O. sind Forderungen, von denen auch die christlich-nationalen Arbeiter nicht ablassen können. Lebhaft bedauert wird die Tatsache, daß die Fühlungnahme der bürgerlichen Parteileitungen mit den Volks- und Arbeitermassen sehr viel zu wünschen übrig läßt, während die sozialdemokratische Partei in tausenden von Versammlungen für ihre Ideen Stimmung zu machen sucht. An die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes wird der dringende Appell gerichtet für die Ideen und Grundsätze ihrer Organisation einzutreten und auf die zuständigen Stellen in diesem Sinne einzuwirken. Die Versammelten wollen nicht nur im vaterländischen Sinne aufklärend unter der Arbeiterschaft tätig sein, sondern werden auch mit größter Entschiedenheit die Interessen ihres Standes wahrzunehmen.

Ferner wurde einstimmig beschlossen:

1. Die Jahresdelegiertenversammlung verurteilt entschieden, daß nicht alle Mitglieder die Pflichtextrabeiträge geleistet haben. Es wird darauf hingewiesen, daß die Vollmitglieder jedes Quartal, die Mitglieder der 45 Pfg.-Beitragsklasse zweimal im Jahr und die jugendlichen Mitglieder einmal im Jahr eine Extramarke zu 50 Pfg. zu kleben haben. Die Nichtzahlung dieser Pflichtbeiträge hat zur Folge, daß die betreffenden Mitglieder das Anrecht auf die Leistungen des Verbandes verlieren. Jedes Mitglied ist selbst für die pünktliche Abführung der Beiträge verantwortlich.

2. Durch das günstige Ergebnis der Hausagitation im November ermutigt, beschließt die Delegiertenversammlung, erneut eine allgemeine Hausagitation stattfinden zu lassen. Als Tage werden der 24. Februar und 3. März bestimmt. Alle Funktionäre und Mitglieder werden aufgefordert, bei Durchführung dieser Maßnahme mitzuhelfen. Es gilt unsere gerechte Sache zu fördern, da darf keiner zurück stehen.

Ein Antrag der Zahlstelle Meiderich wird dem Vorstand zur sachgemäßen Erledigung überwiesen. Auf Wunsch der Hamborner Kollegen wird die Notwendigkeit einer rührigen Agitation unter den Zechenmetallarbeitern betont. Zum Schluß brachte der Vorsitzende ein Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband aus, in das die Versammelten begeistert einstimmten.

*

Gelsenkirchen. Die Ortsverwaltung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes hielt am Sonntag, den 20. Januar ihre Jahresgeneralversammlung. Den geschäftlichen Teil erledigte Kollege Gewerkschaftssekretär Zillekens. Die Mitgliederzunahme des verflossenen Jahres beträgt genau 400 Prozent. An dem Aufstieg sind insbesondere die Ortsgruppen Hüllen, Schalke und Neustadt beteiligt. Vier Ortsgruppen wurden neu gegründet und der Ortsverwaltung angeschlossen. 198 Verbandsmitglieder stehen zur Zeit von hier noch beim Militär. Die Gesamteinnahmen betrugen 20 998,40 Mark. An Unterstützungen kamen zur Auszahlung 1039,55 Mark. Für Bildungszwecke wurden 264,15 Mark verausgabt. An die Zentralkasse wurden abgeführt 12 347,49 Mark. Der Lokalkassenbestand war am Jahresschluß 1203,38 Mark. Versammlungen und Sitzungen fanden im Berichtsjahre insgesamt 234 statt. 3400 Flugblätter, 2200 Rundschreiben und 19 000 Versammlungseinladungen wurden verteilt. Der durchschnittliche Versammlungsbesuch läßt besonders in letzter Zeit zu wünschen übrig. Das Jahr 1917 zeitigte insgesamt 28 Lohnbewegungen im Bereich der Stadt Gelsenkirchen. Hiervon betrafen den christlichen Metallarbeiterverband allein vier. In sieben Fällen stellten bei den Bewegungen die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes die Mehrzahl der Beteiligten. Insgesamt waren beteiligt 5576 Arbeiter und Arbeiterinnen. Davon waren 666 Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes. Die beteiligte Arbeiterschaft erzielte durch die Initiative der Gewerkschaften einen Mehrlohn von 19 273 Mark pro Woche. Auf die beteiligten christlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen entfallen hierbei pro Kopf und Woche 6,13 Mark im Durchschnitt. Nicht einbegriffen in diese durch sorgfältige Erhebungen gemachten Feststellungen sind die gleichfalls auf das Eingreifen der Gewerkschaften zur Auszahlung resp. Gewährung gelangten Weihnachts-, Jahres-, Kinder-, Kleider und Kartoffelgelder. Desgleichen in einem Falle die Erhöhung des Zuschlages für Sonntagsarbeit von 50 auf 100 Prozent. So erfüllte in jeder Hinsicht die Ortsverwaltung die laut Statut gestellten Aufgaben, die materielle und geistige Lage des Arbeiterstandes zu heben.

Drei Momente verdienen bei den registrierten Bewegungen besonders festgehalten zu werden. Eine Firma gewährte die nachgesuchte Lohnerhöhung nur den organisierten Arbeitern, weil nur diese in einer Versammlung dem Arbeiterausschuß einen diesbezüglichen Auftrag gegeben hatten. Die Unorganisierten hatten der Einladung zur Versammlung keine Folge geleistet. Die andere Firma gab die für eine Abteilung des Werkes geforderte Lohnerhöhung den insgesamt Beschäftigten und betonte hierbei sinngemäß: „Mit der Organisation haben wir nichts zu tun." Dieses klingt jedoch zu durchsichtig, denn sonst hätte man ja die so dringlich nötige Aufbesserung der Löhne vor der Eingabe des christlichen Metallarbeiterverbandes eintreten lassen. Zwei Firmen unterstrichen in ihrer Handlungsweise, die von unserem Zentralvorsitzenden, Kollegen Wieber, auf dem Arbeiterkongreß in Berlin gemachten Darlegungen, wonach neben den guten Löhnen einzelner Facharbeiter noch ein sehr großer Teil unter 10 Mark in seinem Tagesverdienst steht. Die Firmen erkannten die Notwendigkeit an, diese Löhne zu erhöhen bis zum Mindestbetrage von 10 Mark. Ja eine Firma betonte sogar, daß mit 10 Mark pro Tag unter den heutigen Verhältnissen nicht viel zu machen wäre. Ganz unsere Meinung. Was bedeuten 10 Mark Einnahmen in einer 6-, 8-, 10köpfigen Arbeiterfamilie. Alles muß angelegt werden für Speise und Trank. Was Wunder, wenn heute in Arbeiterkreisen die Frage brennender wird: „Womit sollen wir uns kleiden, wie soll Schuhzeug und Wäsche wieder ergänzt werden." Fragen, die nach Beendigung des Krieges sicherlich vor dem „Abbau der Löhne" ihre Erledigung finden müssen.

Nach dem Bericht wurde auf Antrag der Kassenrevisoren dem Kollegen Zillekens einstimmig Entlastung erteilt. Der verstorbenen und gefallenen Mitglieder wurde in üblicher Weise ehrend gedacht. Die Vorstands- und Kassenrevisorenwahl wurde wie vorgeschlagen erledigt.

Die von der Ortsverwaltung gestellten und von einer Vertrauensmännerkonferenz mit Majorität gebilligten Anträge zugunsten der Lokalkasse, den Lokalzuschlag für die männlichen Kollegen in der 4. und der Jugend-Beitragsklasse um je 5 Pfg. und die Delegiertenmarke pro Quartal um 10 Pfg. zu erhöhen, fanden gleichfalls einstimmige Annahme. Für die Begründung der Anträge sind folgende Gesichtspunkte entscheidend gewesen: 1. Das Gerechtigkeitsprinzip. Die in Betracht kommenden Kollegen, für die der Zuschlag um 5 Pfg. erhöht wurde, haben an der Lokalkasse gleiches Recht und gleichen Anteil wie andere. Festgestellt wurde sodann, daß die meisten Kollegen gern gewillt sind, die 10 Pfg. pro Quartal mehr zu leisten, um dadurch: 2. Die Zukunft der Ortsverwaltung nach dem Kriege in besserer Form finanziell zu sichern. 3. Die Deckung der Mehraufwendungen der Geschäftsstelle durch die Preissteigerung aller Bedarfsartikel, Zahlung der Kartellbeiträge, die Kosten für Liebesgaben an die Kollegen im Felde und Unterstützung an die Frauen dieser Kollegen sollten laufenden Ausgleich erhalten. Die Erhöhung beträgt ja kaum mehr Wert als den einer Zigarette und so verschlossen sich die Mitglieder der Einsicht nicht, sondern genehmigten im eigenen Interesse die in Zukunft geltenden Beiträge.

Nach Erledigung des geschäftlichen Teils, ergriff das Wort Arbeitersekretär und Stadtverordneter Sprenger. In 1¼stündigen Darlegungen sprach derselbe über das Thema „Die Lebensmittelversorgung in der Stadt Gelsenkirchen." Recht interessant wurden seine Worte unterstützt durch Tabellen, welche die Ausführungen recht eindringlich den Kollegen vor Augen führten.

Im Anschluß an den Vortrag wurde der Geschäftsführer der Ortsverwaltung des christlichen Metallarbeiterverbandes beauftragt, betreffs des Schleichhandels und der Errichtung von Zwangsgenossenschaften in der Landwirtschaft eine Eingabe an das Kriegsernährungsamt in Berlin zu richten.

In seinem Schlußwort gedachte Kollege Gewerkschaftssekretär Zillekens des Geburtstages S. M. des Kaisers. Das ausgebrachte Kaiserhoch fand in der Versammlung kräftigen Widerhall.

*

Ulm a. D. Zwischen der Firma Ph. Hörz, Turmuhrenfabrik, Ulm, und der im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiterschaft, vertreten durch Kollege Spindler, fand unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses, Herrn Hauptmann Hiller, eine Einigungsverhandlung statt, mit nachfolgendem Resultat:

Die Löhne in der Schlosserei werden um 10 Prozent erhöht.

Die Uhrenmacher erhalten vorwiegend Akkordarbeit. Die Stundenlöhne werden um 20 Prozent erhöht. Die Stundenlöhne der Eisendreher und Mechaniker werden, einschließlich Teuerungszulage, um 5,5 Pfg. erhöht. Akkordverdienste dürfen nicht nach oben begrenzt; unter dem Stundenlohn nicht ausbezahlt werden.

Die Lehrlingsentschädigung wurde gegenüber früher wesentlich verbessert, jedoch ist in dieser Frage noch keine endgültige Regelung getroffen.

Ueberstunden werden mit 25 Prozent und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Zuschlag vergütet.

Diese Vereinbarungen bilden einen kleinen, aber dankenswerten Fortschritt der Lohnverhältnisse der Arbeiterschaft, den in der heutigen Zeit der allgemeinen Teurung unbedingt notwendig ist. Die Bestrebungen des christlichen Metallarbeiterverbandes zur Hebung der Lage der Arbeiterschaft waren von Erfolg gekrönt. An den Kollegen liegt es, durch Stärkung unseres Verbandes für die beste Durchführung und weiteren Ausbau der Verhältnisse Sorge zu tragen.

*

Georgsmarienhütte. Am Sonntag, den 27. Januar fand im Gimmeyerschen Saale die Generalversammlung statt, die ein ausgezeichnetes Spiegelbild war, sowohl von der äußeren Erstarkung als auch von dem guten Geiste in unserer Sektion Osede-Hagen. Der Besuch, sowie der Verlauf der Verhandlungen und die Stimmung waren sehr gut. In seinem Bericht führte Kollege Arbeitersekretär Hagemann aus Osnabrück folgendes aus: Die Entwicklung der Sektion im letzten halben Jahre ist eine sehr erfreuliche. Zu Beginn des letzt verflossenen Jahres war die Sektion eine kleine Gruppe von 38 Mitgliedern, sie hat dann im ersten halben Jahre ihren Mitgliederbestand verdoppelt und in den darauf folgenden sechs Monaten auf 1078 gebracht. Im letzten Jahre sind 1149 neue Mitglieder aufgenommen worden. Auch das Abrechnungsergebnis ist sehr erfreulich. Von der Gesamteinnahme von 10 300 Mark stammen nahezu 7000 Mark aus dem letzten Vierteljahr. Die Tätigkeit der Sektion ist sehr rege gewesen. Die Werbearbeit hat zwar in den ersten sechs Monaten keine größeren direkten Erfolge gehabt, dafür aber später um so reichlichere Früchte getragen. Trotzdem die Mitglieder bis auf eine kleine Zahl erst knapp sechs Monate gewerkschaftlich organisiert sind, haben sie ihre Lohnverhältnisse schon wesentlich verbessern können. Die Lohnbewegungen auf den hiesigen beiden Werken, besonders aber auf der Georgsmarienhütte, haben einen guten Erfolg gehabt. Nach der Vorstandswahl wurde in dem darauf folgenden Vortrage darauf hingewiesen, daß die Mitglieder ihren Stolz darin suchen müßten, ihre Sektion nicht nur auf der jetzigen Höhe zu halten, sondern nach außen und innen weiter auszubauen. Es seien noch einige hundert unorganisierte Metallarbeiter auf den beiden Werken beschäftigt, die für den christlichen Metallarbeiterverband gewonnen werden müßten. Das sei die Aufgabe der Vertrauensmänner und Mitglieder in nächster Zeit. Der restlose Zusammenschluß der Arbeiter sei heute notwendiger als je, denn die Aufgaben der Gewerkschaften während des Krieges wären groß, wahrscheinlich aber noch größer beim Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft. Hoffentlich würden auch die Arbeiter der Georgsmarienhütte und der Firma Stahmer dies richtig erkennen und treu zum Verbande halten.

*

Oker (Harz). Jedesmal, wenn wir in Oker eine Versammlung abhalten wollen, so haben wir zwar die Erlaubnis, nur das Licht bleibt ständig aus. In Oker werden Kohlen gespart. Am Tag brennt das Licht, aber in der Dunkelheit verschwindet es. Solche Zustände lösen gewaltigen Aerger aus. Abhilfe tut wirklich not. In der letzten Betriebsversammlung passierte es natürlich wieder, daß das Licht verschwand. Man kann die Erregung verstehen. Dazu kommt noch, daß die Kohlenversorgung auch nicht klappen will. Hier kann der am

ständigen Kohlenverteilungsstelle der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß etwas bessere gleichmäßige Verteilung wie Versorgung fehlt. Die Vertreter der Arbeiterausschüsse haben sich um Abhilfe bemüht. Leider wird der Erfolg recht wenig erwärmend. Der anwesende Kollege Hiemisch versprach sich noch besonders an die Reichsverteilungsstelle in Berlin zu wenden.

Mit Recht fragten die Versammlungsteilnehmer nach den vorgeschriebenen Reservebeständen. Sind diese auch schon verteilt und aufgebraucht? Jedenfalls dann nicht gleichmäßig auf die in Frage kommenden Gemeinden. Mit der Lebensmittelversorgung steht es nicht besonders rosig aus, sodaß die allgemeine Benutzung der Volksküchen als Retter dienen wird. Mit der gewaltigen Verteuerung aller Lebensmittel und unentbehrlichen Bedarfsartikel haben die Lohnsteigerungen auf keinen Fall Schritt gehalten. Anfang November 1917 konnten auf den hiesigen Hüttenwerken noch nachstehende Schichtlöhne festgestellt werden:

Ofenarbeiter, Schmelzhütte und Flammöfen: Die Schmelzer erhalten einen Schichtlohn von 5,50 Mark, 1914 betrug der Lohn 4.10. Die 2. Männer erhalten 5,25 Mark, 1914 3,85 Mark. Die 3. Männer erhalten 5,10 Mark, 1914 3,70 Mark.

Ofenarbeiter: Schwefelsäurefabriken 5,10—5,30 Mark, 1914 3,70—3,90 Mark. Vitriolhütten: 5,20—5,40 Mark, 1914 3,80—4,00 Mark.

Bauhandwerker erhalten bei einem Alter von 35 Jahren 5,40 Mark (1914 4 Mark). Jüngere Jahrgänge erhalten etwas weniger.

Bedingearbeiter erhalten 5—6,50 Mark.

Taglohnschichten: 4.50 Mark, 1914 3,60 Mark.

Hierzu kommt die Kriegsteuerungszulage, dieselbe beträgt für Verheiratete: 38 Mark, für Ledige 24 Mark, für Jugendliche 14 Mark.

Bei diesen niedrigen Lohnsätzen ist es zu verstehen, wenn Schmalhans ständiger Küchenmeister ist. Dies geht bei der sehr ungesunden Beschäftigung nicht so weiter. Große Unterernährung muß da Platz greifen. Nicht nur für die älteren Arbeiter muß diese Befürchtung ernstlich ausgesprochen werden, daß die Einschränkung bleibende Spuren hinter sich läßt und dadurch das Unheil vermehren wird, daß der Krieg auf so vielen anderen Gebieten nach sich ziehen muß. Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die mitten im Wachsen auf so geringe Kost gesetzt werden, werden in Zukunft darunter in Form von verminderter Lebenskraft und Arbeitsunfähigkeit leiden. Diese Tatsachen dürfen durchaus nicht verschwiegen werden. Mit Mut müssen diese Tatsachen auch den vielen unorganisierten Hüttenleuten zum Bewußtsein gebracht werden. In den Betrieben schimpfen sie über die schlechten Verhältnisse, Löhne usw., damit ändern sich diese bitteren Tatsachen nicht. Also aufgewacht ihr Hüttenleute, ohne Ausnahme, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband.

Daß, wenn die Hüttenleute zusammenhalten, auch etwas erreicht wird, bewies die letzte Gemeinderatswahl in Ofer. Gewählt wurde mit großer Mehrheit unser Vorsitzender Kollege Eggers als Gemeinderatsmitglied. Also Einigkeit macht stark.

*

Hagen i. W. Im überfüllten Saale des Gesellschaftshauses Wilhelmshof fand am 3. Februar unsere Jahresgeneralversammlung statt. Einleitend nahm die Versammlung zunächst Stellung zu der gegenwärtigen Streikbewegung. Der Kartellvorsitzende, Arbeitersekretär Albersmann, kennzeichnete diese Bewegung als eine politische Demonstration, die einen Verrat an unseren Brüdern draußen, eine Preisgabe der Ehre des deutschen Volkes darstelle und auch nur zu sehr geeignet sei, die Interessen der Arbeiter aufs Schwerste zu gefährden. Eine entsprechende Entschließung, der auch die zur Versammlung geladenen Vertreter unserer Bruderverbände zustimmten, fand einstimmige Annahme.

Den Jahresbericht erstattete Kollege Alef. Wie dem Bericht zu entnehmen ist, war das Jahr 1917 für unsere Verwaltungsstelle ein Jahr des inneren wie des äußeren Fortschritts. Die bestehenden Schwierigkeiten haben bei der Arbeiterschaft unseres Bezirks die Erkenntnis reifen lassen, daß der Zusammenschluß eine bittere Notwendigkeit darstellt. Die Aufnahmeziffer betrug 921, mit den Uebertritten, Zugereisten, vom Militär zurückgekehrten ein Zugang von 1007. Seit dem Kampfjahr 1916 ist eine derartige Zahl noch nicht wieder erreicht worden. Trotzdem hätte die Zahl eine weit höhere sein müssen. Denn noch stehen Tausende von Arbeitern ihrer gewerkschaftlichen Organisation fremd gegenüber. Sie hätte aber auch höher sein können, wenn die Zahl der Mitarbeiter eine größere gewesen wäre. Insgesamt betätigten sich in der Werbearbeit 115 Kollegen, von denen einige geradezu hervorragendes geleistet haben. Unter Zustimmung der Versammlung wurde diesen tätigen Kollegen die verdiente Anerkennung ausgesprochen. Hoffentlich bemüht sich aber im Jahre 1918 jedes Mitglied erfolgreich in der Aufklärungsarbeit tätig zu sein. Die Zahl der Ausgetretenen ist leider immer noch zu hoch. Ein Beweis dafür, wie notwendig es ist, die neugewonnenen Kollegen auch zu überzeugten Gewerkschaftlern zu machen. Ein standesbewußter Arbeiter desertiert in der Arbeiterbewegung nicht. Zum Heeresdienst wurden über 100 Mitglieder einberufen, sodaß deren Zahl heute über 1000 beträgt. Leider mußten auch im Jahre 1917 wieder 12 Kollegen ihr Leben lassen, außer ihnen starben noch 7 andere Kollegen. All diesen Kollegen soll ein ehrendes Andenken bei uns gewahrt bleiben.

Der Markenverkauf ist gestiegen von 19 631 auf 38 592, ein Plus von 18 961. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 23 486,15 Mark, die Ausgaben 5418,32 Mark, es wurden der Hauptkasse eingesandt 18 067,93 Mark. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 7285,62 Mark, eine Ausgabe von 6275,71 Mark, es blieb ein Bestand von 1009,93 Mark, gegenüber einem Defizit von 65,83 Mark zu Beginn des Jahres.

Eine rege Tätigkeit ist entfaltet, um die wirtschaftlichen Interessen der Kollegen zu wahren und zu fördern. Während die Kosten der Lebenshaltung ganz gewaltig gestiegen sind, läßt sich das von den Lohnverhältnissen nicht im gleichen Maße sagen. Nach den Gallerschen Berechnungen war im November 1917 im Reichsdurchschnitt zur Ernährung einer vierköpfigen Familie pro Woche ein Betrag von 55,43 Mark notwendig. Hagen steht aber weit über diesem Satz mit 61,92 Mark. Sei es für so an erster Stelle, so gilt das nicht hinsichtlich der Lohnverhältnisse. Beweis dafür geben die Berichte der Vermittlungsämter und auch unsere Erhebungen, die wir im verflossenen Jahre im Verein mit den anderen Organisationen machen. Um die Löhne in Einklang zu bringen mit der Lebenshaltung haben wir in allen Fällen, wo die nötigen Voraussetzungen gegeben waren, die notwendigen Schritte getan und wir dürfen sagen: nicht ohne Erfolg. Die geführten Bewegungen erstreckten sich auf 18 Betriebe, die zirka 11 000 Arbeiter beschäftigten. Kennzeichnend für die Stimmung in Arbeitgeberkreisen ist der scharfe Widerstand, den sie auch den bescheidensten Wünschen der Arbeiter entgegensetzen. Fast in allen Fällen versucht man die von den Arbeiterausschüssen vorgetragenen Forderungen abzutun mit dem Bemerken, es handle sich nicht um Wünsche der Gesamtarbeiterschaft. So u. a. die Firma Schrauben- und Mutternfabrik Funke u. Hueck., P. Harkordt u. Sohn in Wetter, Hagener Gußstahlwerke, Hasper Eisen- und Stahlwerk, Vogel u. Schemann-Kabel.

Funke u. Hueck lehnte Wünsche auf Lohnerhöhung u. a. darum ab, weil die Versammlung nur von einem geringen Teile der Belegschaft besucht gewesen sei. Als daraufhin in einer Eingabe über 1200 Arbeiter die gleiche Forderung erhoben wurde, war die Antwort die gleiche. Bei der Firma P. Harkordt u. Sohn, Wetter, hatte der Arbeiterausschuß bereits im Anfang September im Auftrage der Belegschaft Wünsche betr. Lohnerhöhung vorgetragen. Nach vier Wochen hatte es aber die Werksleitung noch nicht einmal für notwendig erachtet eine Sitzung einzuberufen und als es endlich geschah, lehnte man glattweg ab. Der Direktor dieses Werkes wurde wiederholt gebeten, doch persönlich an den Sitzungen teilzunehmen, doch merkwürdiger Weise ist der Herr immer verhindert. Es ist wohl verständlich, daß sich angesichts der ablehnenden Haltung solcher Kreise eine Mißstimmung unter den Arbeitern bemerkbar macht, die sehr zu denken gibt. Die Herren sollten sich doch endlich darüber klar geworden sein, daß es die Arbeiterschaft leid ist, sich ständig als das Aschenbrödel gebrauchen zu lassen. Die gegenwärtige Zeit hat doch zu Genüge bewiesen, daß die Arbeiterschaft ein Faktor ist, ohne den unser gesamtes wirtschaftliches Leben nicht existieren kann. Und will man die Anerkennung nicht freiwillig gewähren, nun dann muß die Arbeiterschaft sich das grundlos Verweigerte eben erkämpfen. — Im Anschluß an den Bericht befaßte sich die Versammlung noch mit der Frage der durchgehenden Arbeitszeit. Die bisher gesammelten Erfahrungen — eine der größten Firmen, die Akkumulatoren-Fabrik, hat die ungeteilte Arbeitszeit schon lange eingeführt — lassen es als im Interesse der Industrie wie auch Arbeiterschaft geboten erscheinen, diese Arbeitszeit auch hier einzuführen. Dementsprechend wurde eine Entschließung angenommen, in der die Einführung gefordert wird, mit dem Hinweis darauf, daß eine gewisse Begrenzung der Arbeitszeit erfolgen muß und eine Verringerung des Einkommens verhindert wird.

Gegenüber den Bemühungen einzelner Vereinigungen um Organisierung der kriegsbeschädigten Arbeiter wurde in der Versammlung betont, daß hier keine Sonderorganisation notwendig sei und auch nicht im Interesse der Kriegsbeschädigten liege. Wollen die kriegsbeschädigten Arbeiter Schutz und Rückhalt, so müssen sie mit ihren übrigen Arbeitskollegen Schulter an Schulter stehen. Die Arbeiterorganisationen haben sich, ehe es Sondervereinigungen gab, für die Kriegsbeschädigten verwandt und werden das Gleiche auch weiterhin tun. Deshalb richten wir sowohl an unsere kriegsbeschädigten Kollegen selbst, wie auch die übrigen Mitglieder die Bitte, die abseits stehenden Kriegsbeschädigten zum Anschluß an den Verband aufzufordern.

Die Wahl des Verwaltungsvorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Wilh. Alef, 2. Vorsitzender Ernst Landenberg, Kassierer Fritz Koch, Schriftführer Alban Görigk, als Stellvertreter Bernh. Benikowski. Beisitzer: Fritz Schmitt sen., Ludw. Janke, Herm. Röhring und Otto Steinhauer. Den Kolleginnen soll gleichfalls eine Vertretung im Vorstand eingeräumt werden und sollen diese in besonderer Versammlung hierfür zwei wählen. — Eine folgende Sammlung für unser Kriegswahrzeichen ergab den Betrag von 38 Mark. — Nach fast vierstündiger Dauer konnte Kollege Alef die Jahres-Generalversammlung schließen, die sich in ihrem ganzen Verlauf den bisherigen Versammlungen würdig anschließt. Nun liegt an der gesamten Mitgliedschaft des Hagener Bezirks durch rastlose Arbeit im Jahre 1918 dahin zu wirken, daß wir im laufenden Jahre noch ein weit besseres Ergebnis erzielen, wie es 1917 der Fall war. Wie unsere Brüder draußen die dicksten Drahtverhaue überwinden, auch das wütendste Sperrfeuer der feindlichen Geschütze sie nicht zurückhält um durchzukommen, so wollen wir auch in der Heimat den Schwierigkeiten trotzen, wo immer sie sich nur zeigen mögen. Mit geeinter Kraft für die weitere Erstarkung unseres Verbandes!

Versammlungs-Kalender

Sonntag, den 24. Februar 1918:

Duisburg, Mülheim-Oberhausen. In allen Zahlstellen Hausagitation.

Mülheim. 4 Uhr bei Klepheck.

Essen-Ortsverwaltung. Abends 5,30 Uhr im großen Saal des städtischen Saalbau öffentliche Versammlung mit Vorträgen des Generalsekretärs Stegerwald über Volk und Frieden und des Reichs- und Landtagsabgeordneten Giesberts über neuzeitliche Sozialpolitik. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder der ganzen Verwaltungsstelle wird erwartet.

Ehingen. 11 Uhr bei Dickmann.

Hagen i. W. Nachm. 5 Uhr Wilhelmshof Jugendversammlung. Vortrag des Koll. Alef: „Der geschichtl. Werdegang der märkischen Industrie". Die jugendlichen Kollegen aller Gruppen sind eingeladen.

Schmalkenbeck. 5 Uhr bei Küpers, Kettlr. 28. Referent: Kollege Henkemeier.

Homberg. 4 Uhr Homberger Hof.

Gelsenkirchen-Buer. Morgens 11 Uhr bei Kaiser, Hohenzollernstraße, Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Gelsenkirchen-Ortsverwaltung. Morgens 11 Uhr bei Dirkes, Bismarckstr. 59, Jugendversammlung mit Vortrag.

Gelsenkirchen-Schalke. Nachm. 5 Uhr Mitgliederversammlung.

Ober. Abends 8 Uhr Generalversammlung bei Lüdecke.

Düsseldorf-Gerresheim. Vorm. 11 Uhr im Lokale „Zum roten Hahn", Grafenberger Straße 15.

Düsseldorf-Heerdt-Lörick. Sonntags 11 Uhr in Hoffmanns Lokal (Blum).

Düsseldorf-Unterrath. Nachm. 6 Uhr im Lokale Keulertz, Kürten-Straße 144.

Bezirk Rath. Abends 7 Uhr im Lokale Adam Schäfen, Ober-Rather Straße 3.

Osterfeld. 6 Uhr Koopmann.

Ruhrort. 11 Uhr Weyers, Ludwigstr.

Huckingen. 6,30 Uhr Hanapel.

Sonntag, den 3. März 1918:

Hagen-Altstadt. 11 Uhr vorm. im Wilhelmhof, Bahnhofstr. 19, Mitgliederversammlung. Vortrag des Kollegen Wilh. Alef.

Olsberg. 4 Uhr Generalversammlung bei Kropf. Referent: Kollege Bezirksleiter Hirtsiefer.

Magdeburg. Nachm. 3 Uhr Vorstands- und Vertrauensmännersitzung. Nachm. 6 Uhr Generalversammlung in Magdeburg, Prälatenstraße 3, „Union". Referent: Kollege Hiemisch-Bielefeld.

Hagen-Haspe. Nachm. 5 Uhr bei Düster, Nombergstr. Wichtige Tagesordnung. Frauen mitbringen!

Oberhausen. 5 Uhr bei Hartgenbüsch.

Friemersheim. 7 Uhr bei Labusch.

Duisburg-Mülheim-Oberhausen. In allen Zahlstellen Hausagitation.

Frintrop. 4 Uhr bei Maas, Turmstr.

Die Bergschule zu Aachen

beabsichtigt zu Ostern 1918 einen Maschinensteigerlehrgang zu eröffnen. Tüchtigen Schlossern, Drehern, Schmieden und Elektromonteuren, die ihr Handwerk in Fabriken und Werkstätten erlernt haben, welche sich mit der Herstellung u. Reparatur aller Arten von Bergwerksmaschinen, Apparaten und Installationsmaterialien befaßt haben und die auch nach der Lehre noch einige Jahre in solchen Werken beschäftigt waren, wird in diesen Lehrgängen Gelegenheit geboten, sich die Befähigung zum Maschinensteiger auf Bergwerken zu erwerben. Eintrittsalter 20—30 Jahre.

Das Schulgeld beträgt 250 Mk. für Inländer und 500 Mk. für Ausländer je Schuljahr und wird in 10 Teilbeträgen erhoben.

Der Unterricht findet an 3 Tagen der Woche statt. An den 3 schulfreien Tagen werden die Schüler gegen Lohn auf den Aachener Steinkohlenwerken beschäftigt.

Aufnahmegesuche sind unter Beifügung von Lebenslauf, Schulzeugnissen, Zeugnissen über die bisherige Beschäftigung, Militärpapieren und eines polizeilichen Führungszeugnisses bis 1. März an die Bergschule in Aachen, Goethestraße 5 zu richten.

Tüchtige

Automobil-Monteure

sofort gesucht.

Fahrzeugfabrik Lueg,
Essen, Rellinghauserstraße 130.

Wir suchen zum sofortigen Antritt

Motoren-Maschinen-Werkzeugschlosser etc.
Dreher, Fräser, Klempner

Norddeutsche Automobilwerke
G. m. b. H., Hameln a. d. Weser.

„Das Gewinde"

Vollständigstes Nachschlagebuch auf diesem Gebiete. Enthält 7500 berechnete Rädersätze für rund 7750 Gewinde. Einfaches Lehrbuch für den Arbeiter. Zu beziehen von Wilh. Schuler, Augsburg, Imbofstr. 79. — Bei Voreinsendung des Beitrages 4.75 M., bei Nachnahme 4.95 M.

Gemeinnützige

Deutsche Volksversicherung.

Wer

Frau und Kinder für seinen Todesfall schützen und sich für sein Alter oder für die Ausbildung, Aussteuer oder den Sterbefall seiner Kinder ein Kapital bis zu 2000 M. sichern will, wähle die besonders günstigen Tarife unserer gemeinnützigen Volksversicherung.

Auskunft erteilen an:
Generalsekretariat d. Christl. Gewerkschaften, Köln a. Rh., Venloerwall 9.

Mitarbeiter willkommen!

300 neue erstkl.
Parallel-Schraubstöcke
Ia. Fabrikat, sofort lieferb.
80 mm Stück Mk. 43.—
100 „ „ „ 52.50
Bestellung erbeten unter Nr. 1 an die Exped. d. Bl.

Deutsche Wachspapiere
und
Farben für alle Vervielfältigungsapp.
Kohlepapier, Durchschlag- und Vervielfältigungs-Papier
Bei Bestellungen auf Wachspapier ist der Apparat anzugeben, für den das Papier verwendet werden soll.
Echte vom Niederrhein, Duisburg

Verlag: Franz Bieber. Druck: Gebr. vom Niederrhein, G. m. b. H., beide in Duisburg. Schriftleitung: J. A. Heinr. Bieber-Duisburg.